Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, ...den & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

...zugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post ...ogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Er... verfügung ...

Nr. 217 | Dresden, Sonnabend den 18. September 1920 | 31. Jahrg.

Vor neuen Staatsstreichen

Die Entwaffnungsaktion hat begonnen und ...reits namhafte Erfolge erzielt. Vor allen Dingen ist die ...lieferung der Waffen in Berlin ganz überraschend hoch. ...den ersten beiden Tagen haben die Abgabestellen nicht ein...l genügend Geld gehabt, um all die Abliefernden zu be...digen. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß die ...itische Bevölkerung bereit ist, die Waffen niederzulegen ...d den inneren Krieg zu beenden. Ob die Aktion auf dem ...chen Lande die gleichen Fortschritte machen wird, steht ...hin und wird mit Recht seitens der Arbeiterschaft sehr be...eifelt.

Als ob diese Zweifel bestätigt werden sollten, taucht ...ötzlich in der bayerischen Staatszeitung, dem ...tlichen Organ der bayerischen Regierung, eine aus der ...manité übernommene Meldung auf, wonach die französische Regierung gegen den Fortbestand ...r bayerischen Einwohnerwehren nichts ...zuwenden habe. Ferner erhielt die Sozialdemo...atische Partei in Bayern von verschiedenen Seiten Nach...ten darüber, daß die Einwohnerwehren anläßlich des am ... September in München stattfindenden Bundesschießens ...n ehemaligen Kronprinzen Rupprecht zum König von Bayern ...rufen wollen. Die Reichswehr werde bei dieser Aktion ...e Schwierigkeiten bereiten.

Die bayerischen Reaktionäre, denen es unter der glor...chen Regierung Kahr anscheinend sehr gut geht, halten also ...e Zeit für gekommen. Nach der Meldung der Humanité, ... merkwürdigerweise in Bayern durch Wolffs Bureau und ... offiziöse „Korrespondenz Hoffmann" verbreitet wurde, ...t man erkennen, daß man den französischen Einflüsterungs...suchen nicht unzugänglich war. Frankreich hat durch die ...sendung eines eigenen Botschafters nach München und ...ch die verfassungswidrige Anerkennung desselben durch die ...ierung Kahr den Erfolg des Anwachsens der separa...ischen Bestrebungen in Bayern erreicht. Unter Hintan...ung der Reichsinteressen sind die bayerischen Monarchisten ...uf und dran, ihr „Ländle" wieder selbständig zu machen, ...s in diesem Falle gleichbedeutend mit der Loslösung vom ...iche und wie es scheint der Gründung einer neuen Monar...e von Frankreichs Gnaden ist.

Diese und ähnliche alarmierenden Nachrichten aus ...ern lassen deutlich erkennen, welche Gefahren dem ganzen ...iche drohen, wenn es nicht gelingt, die Entwaffnung des ...lkes allgemein durchzuführen. Es muß von der Reichs...ierung unbedingt verlangt werden, daß die großen Güter ... Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen usw. der schärfsten ...ntrolle unterzogen werden, damit auch nicht eine einzige ...affe mehr in Händen der Reaktionäre bleibt. Wenn die ...beiterschaft, wie das Berliner Beispiel zeigt, ihre Waffen ...liefert, den Eindruck gewinnt, daß man es mit der Ent...ffnung des flachen Landes nicht so genau nimmt, dann ...d auch bei ihr trotz den hohen Prämien einerseits und den ...konischen Strafen andrerseits der Ablieferungseifer nach...sen und damit wäre der innere Friede aufs neue gestört ...d der Bürgerkrieg in erschreckende Nähe gerückt.

Bei der Haltung, die die jetzige Regierung den Agrariern ...genüber eingenommen hat, ist allerdings nicht allzuviel Ver...uen in sie betreffs der Durchführung der Entwaffnungs...tion zu setzen. Sie wird einseitig, wie sie nun einmal ist, ... Hauptaugenmerk darauf richten, daß die Arbeiterschaft die ...affen niederlegt.

Möge die Regierung die Zeichen der Zeit erfüllen! ...de Nachgiebigkeit gegenüber den Großgrundbesitzern, und ...n ehemaligen Angehörigen der Einwohnerwehren würde ...ht nur ihr Ende, sondern, wie die Nachrichten aus Bayern ...kennen lassen, den Zerfall des Reiches und das völlige Chaos ...deuten.

Was tut die Reichsregierung?

Der Vorwärts schreibt zu den bayerischen Gerüchten:

Die Bayerische Staatszeitung ist bekanntlich das amtliche ...rgan der bayerischen Regierung. Wenn dieses Blatt die ...n dem sattsam bekannten Grumbach stammende Notiz der ...manité ohne Kommentar übernimmt, so gibt sie damit ein ...nverständnis mit den Franzosen zu, die nach ...r Reichsverfassung überhaupt nichts in München zu suchen haben.

Stimmt diese Annahme, dann sind die Mitteilungen, die ...sern bayerischen Genossen aus den Reihen der Einwohner...hren gemacht wurden, doppelt bedeutsam. Wir fragen: ...eiß die Reichsregierung von den Treibereien in ...yern? Weiß sie vor allem davon, daß der französische ...neral sich gegen die Verordnungen des Reichs und im ...gensatz zu dem Diktat von Spa sich für den Fortbestand ...r Einwohnerwehren ausspricht? Weiß sie vor allem von ...n Absichten der reaktionären Einwohnerwehren hinsichtlich ...r Königsmacherei? Und wenn sie davon weiß, welche ...ittel will sie anwenden, um diesen Hochverrat an der ...publik zu verhindern, der geeignet ist, den schwersten ...rgerkrieg in Deutschland heraufzuschwören? Sie kann ...h selbst nicht glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft still ...u schweige, wenn die Königsmacher in Bayern ungestört die Republik sprengen können, während die Münchner Räterepublik mit der Reichsexekutive niederkartätscht wurde.

Offiziöse Beschwichtigung

Die Deutsche Allg. Ztg. bemerkt zu der Münchener Nachricht, daß General de Metz mit der französischen Gesandtschaft in München nichts zu tun habe, sondern Stabschef des Generals Degoutte in Mainz ist. General de Metz ist mit seinem ... [illegible] der Hauptvertreter der Separationsbestrebungen gut bekannt und ... hauptungen im Sinne der Humanité sind ihm wohl zuzutrauen. ... man genau wisse, in welcher Absicht sie getan werden, ... Aeußerungen nicht besonders tragisch zu nehmen. Was die weitere Angabe des Vorwärts angehe, verschiedene Einwohnerwehren wollten beim Landesschießen Kronprinz Rupprecht zum König ausrufen, so sei auf die jüngste Erklärung des Kronprinzen hinzuweisen, daß er nie etwas unternehmen werde, das die Einheit und den Frieden Deutschlands gefährden könne.

Zur Entwaffnung

Wie wir hören, beabsichtigt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation über die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes einzubringen.

Ministerpräsident Kahr über Bayerns Reichstreue

Bamberg, 17. September. Anläßlich der Landestagung der Bayerischen Volkspartei in Bamberg hat Ministerpräsident v. Kahr eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Innere und äußere Feinde, vor allem auch Feinde des Reichs, sind emsig an der Arbeit, immer wieder den Teufel der Felonie und der separatistischen Bestrebungen Bayerns an die Wand zu malen. Wenn ich dazu ein Wort sagen darf, so kann es zunächst nur die Wiederholung meines freudigen und rückhaltlosen Bekenntnisses zum einigen Deutschen Reiche sein, wie ich es bereits an anderer Stelle abgelegt habe. Wir wollen gute Bayern und gute Deutsche sein, in guten wie in bösen Tagen.

Ebenso fest wie meine Treue zum Reich, steht auch meine Ueberzeugung, daß das Reich nur föderalistisch sein kann, oder es ist überhaupt nicht. Föderalismus ist nicht gleichbedeutend mit Partikularismus und bedeutet keine Schwächung des Reiches.

Wir verlangen den föderalistischen Aufbau des Reiches in allererster Linie, weil wir darin eine Lebensnotwendigkeit für das Reich sehen, im Interesse des Reiches, und wenn diese Forderung in Bayern mit besonderer Zähigkeit erhoben wird, so sehe ich darin den Beweis dafür, daß die Sorge für das Reich in Bayern wieder lebendiger ist, und daß das Reich in Bayern seine besten und treuesten Söhne hat.

Wer etwas anders behauptet, sagt die Unwahrheit, und Unwahrheit bleibt Unwahrheit, auch wenn man sie recht oft wiederholt. Es widerstrebt uns, auf derartige Fälschungen immer wieder die Reichstreue der bayerischen Regierung zu versichern. Unter anständigen Menschen genügt das Manneswort. Von Wichtigkeit aber ist, wie der Außenminister des Reiches mir wiederholt und noch in allerjüngster Zeit versichert hat, daß er auf die Reichstreue der bayerischen Regierung rückhaltlos vertraue.

Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. September. Seit einiger Zeit laufen Gerüchte um über die bevorstehende Ausschreibung einer Zwangsanleihe, die etwa 50 Milliarden umfassen sollte. Der Reichsfinanzminister Wirth ist prinzipiell gegen eine solche Zwangsanleihe, während die Reichsbank und einige ihr nahestehende Bankkonsortien die Idee der Zwangsanleihe aufs entschiedenste propagieren. Im Finanzministerium findet heute mittag eine wichtige Besprechung statt, in der die Entscheidung über diese Frage gefällt werden soll. Um auf diese Besprechung den größtmöglichen Druck auszuüben, hat der Reichsfinanzminister die Vertrauensfrage gestellt und dem Reichspräsidenten, der noch in Freudenstadt weilt, gestern seine Demission angeboten.

Neue Differenzen?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. September. Zu der Krise im Reichsfinanzministerium wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt, daß zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth einerseits und dem Reichspostminister Giesberts sowie dem Reichsverkehrsminister Gröner andrerseits eine Differenzen über die Besoldungsordnung entstanden sind. Sowohl der Reichskanzler Fehrenbach wie der Reichspostminister Giesberts, der, ebenso wie Dr. Wirth, dem linken Flügel des Zentrums angehört, kehren erst in der nächsten Woche nach Berlin zurück und dann wird die Angelegenheit im Kabinett ausgetragen werden. In politischen Kreisen wird angenommen, daß es gelingen wird, die Krise ohne Ministerwechsel zu lösen.

Streikdrohung der Berliner Straßenbahner

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. September. Bereits vor einigen Tagen hatte der verhandlungsführende Ausschuß sämtlicher Straßenbahner Groß-Berlins eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich mit Entschiedenheit für die Wahl des Oberingenieurs Dr. Adler von der Großen Berliner Straßenbahn zum Stadtrat für das Berliner Verkehrswesen an Stelle von Professor Giese ausspricht. Der Groß-Berliner Wahlausschuß hat sich gegen die Wahl Dr. Adlers ausgesprochen. Heute früh traten die Funktionäre der Großen Berliner Straßenbahn zu Beratungen im Gewerkschaftshause zusammen. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf die zum Wahlausschuß in Aussicht genommene Wahl Gieses zum Verkehrsstadtrat am Dienstag nächster Woche in einen eintägigen Proteststreik einzutreten. Wie wir erfahren, ist der Dir. ... der Großen Berliner Straßenbahn in den Vormittagsstunden dieser Beschluß mitgeteilt worden.

Die Autonomie Oberschlesiens

Von Franz Krüger, Königshütte

In den letzten Wochen ist die Frage der oberschlesischen Autonomie wieder sehr stark in den Vordergrund der öffentlichen politischen Diskussion gerückt, es soll demnächst zu wichtigen Entscheidungen der Regierung kommen. Die Hoffnung, daß die Autonomisten durch die seinerzeit erfolgte Erhebung Oberschlesiens zur Provinz befriedigt werden würden, hat sich nicht erfüllt. Nach kurzer „Atempause" setzt ihre Propaganda jetzt erneut mit großer Energie ein. Es sind in der Hauptsache große Teile des oberschlesischen Zentrums, die hinter dieser Propaganda stehen. Sie werden aber stark unterstützt durch die Großindustrie, und selbst Männer, wie der demokratische Abgeordnete und frühere Oberbürgermeister von Kattowitz, Dr. Pohlmann, setzen sich jetzt für die Autonomie ein. Die Sozialdemokratie als Vertreterin der in erster Linie interessierten Arbeiterschaft hat also erst recht alle Veranlassung, klar Stellung zu nehmen.

Die Frage der oberschlesischen Autonomie kann man nicht mit einem abstrakt grundsätzlichen Ja oder Nein beantworten. Dort steht so viel auf dem Spiel, und es laufen so viel verschiedenartige Bestrebungen und Interessen durcheinander, daß man die Frage unter gewissenhafter Berücksichtigung der ganzen Situation ernsthaft prüfen muß. Wäre es möglich, durch eine Autonomisierung Oberschlesiens diesem eine friedliche und glückliche Zukunft, frei von nationalen Kämpfen, und Deutschland den bisherigen Genuß der oberschlesischen Bodenschätze zu sichern, was für uns eine Lebensfrage ist, so müßte dieser Weg beschritten werden. Wie steht es nun hiermit?

Die Befürworter des Autonomiegedankens sind sich nicht einig über das Maß der Autonomie. Während ein Teil nur die bundesstaatliche Autonomie innerhalb Deutschlands wünscht, ist der andre Teil gewillt, bis zur völligen staatlichen Selbständigkeit unter Loslösung von Deutschland zu gehen.

Für die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens innerhalb Deutschlands lassen sich zweifellos sehr gewichtige Gründe, insbesondere seine ungeheure wirtschaftliche Bedeutung anführen. Handelt es sich also lediglich um Gewährung eines dieser Bedeutung entsprechenden Einflusses im Reiche an Oberschlesien, so könnte kein vernünftiger Mensch dem widersprechen. Jetzt aber ist die Sache in erster Linie von dem Gesichtspunkt zu betrachten, welchen Einfluß die bundesstaatliche Autonomie auf die oberschlesische Abstimmung und überhaupt auf sein künftiges Verhältnis zu Deutschland haben wird. Auf die Lösung dieser eigentlichen „oberschlesischen Frage" könnte diese Autonomisierung nur dann einen bestimmenden Einfluß ausüben, wenn es gelänge, dadurch dem Nationalitätenkampf die Spitze abzubrechen und entweder die Abstimmung überhaupt zu vermeiden oder weitere Kreise der Bevölkerung zum Bekenntnis für Deutschland zu veranlassen. Dieses Ziel zu erreichen erscheint aber völlig unmöglich.

Die polnisch-deutschen nationalen Gegensätze sind hier zu einer Schärfe entwickelt, daß insbesondere auf polnischer Seite ein Abbiegen des Kampfes ohne klare Entscheidung der Machtfrage unmöglich sein dürfte. Hier rächt sich die frühere Arbeiterpolitik der oberschlesischen Kapitalisten und die frühere preußische Polenpolitik. Um die erheblich unter den Löhnen des übrigen Deutschland stehenden Löhne und das tiefere Kulturniveau der oberschlesischen Arbeiterschaft aufrecht erhalten zu können, haben die oberschlesischen Magnaten jahrzehntelang, weil sie deutsche Arbeiter zu diesen Bedingungen nicht bekamen, Arbeiter aus Russisch-Polen eingeführt, denen unter Zuhilfenahme der borussischen Polenpolitik jede politische, gewerkschaftliche und sprachlich-nationale Betätigung unmöglich gemacht wurde. Wer will sich darüber wundern, daß der Funke der national-polnischen Agitation, unter diese Sklaverei geworfen, den aufgesammelten Zündstoff zum Aufflammen brachte? Auch heute noch sieht der Pole, leider vielfach auch der polnische Arbeiter, in jedem Deutschen seinen Unterdrücker und Feind, den er vernichten oder mindestens unter die uneingeschränkte polnische Herrschaft bringen muß. Nur so sind die unzähligen Akte der brutalen Gewalt und des Terrors, die noch Tag für Tag von polnischen gegen deutsche Arbeiter verübt werden, zu erklären. Es wird intensivster sozialistischer Aufklärung bedürfen, um die polnischsprechende Arbeiterschaft aus diesem Pfuhl nationalistischer Verhetzung zu befreien.

Die großpolnisch gesinnten Oberschlesier wollen los von Deutschland und zu Polen. Eine bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens innerhalb Deutschlands würde sie daher nicht befriedigen. Sie würden dadurch im Gegenteil in der Verfolgung ihres nationalen Ziels eher gestärkt werden, denn die Verleihung der Autonomie an Oberschlesien würde ihnen als Zeichen mangelnden Vertrauens Deutschlands in das Ergebnis der

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200918/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG